

Aktennotiz über die Aussprache zwischen Regierungspräsident Arnold Koller sowie einer Delegation von Chefbeamten und der Paritätischen Kommission der Fürsorge- sowie der Justiz- und Polizeidirektoren (PKFJP)

Ort Bundeshaus West, Zimmer 240 0862.7

Zeit Montag, 26.2.1990, 16.00h - 17.00 h

Teilnehmer Bundespräsident Arnold Koller, Herr Samuel Burkhardt, Generalsekretär EJPD, Dr. Peter Hess, Direktor Bundesamt für Polizeiwesen, Herrn Peter Arbenz, Delegierter für das Flüchtlingswesen, Herr Walter Neuhaus, Sektionschef.

Regierungsräte Daniel Schmutz, Kanton Waadt, Hans Hofmann, Kanton Zürich, Rossano Bervini, Kanton Tessin, Dr. Kurt Meyer, Kanton Bern, Alberik Ziegler, Kanton Uri, Herr Ernst Zürcher, Sekretär FDK.

Regierungsrat Meyer, Vorsitzender der PKFJP, fasst die Lage im Asylwesen aus der Sicht der Kantone wie folgt zusammen:

Die Signale in den Kantonen und Gemeinden mehrten sich, dass die Lage heute explosiv ist und ein Funke ins Pulverfass genügen könnte. Der Bund sollte einer Vorfinanzierung der Investitionen im Asylbereich zustimmen. Damit könnte die Arbeit sehr erleichtert werden (keine Finanzkompetenzhürden für eine Vollzugsaufgabe, die Kantone und Gemeinden zu lösen haben). Eine Nationale Asylkonferenz sollte durchgeführt werden.

Regierungsrat Ziegler: Auch die kleinen Kantone haben ernsthafte Probleme. Wichtig ist, dass die Leute arbeiten können. Man sollte die Arbeitssuchenden 9 Monate arbeiten lassen und dann mit einer befristeten Einreisesperre belegen. Das Verfahren 88 greift bei der Bewschwerdeinstanz nicht. Dank an Herrn Arbenz für seinen Einsatz.

Regierungsrat Schmutz weist auf die Schwierigkeiten bei der Unterbringung hin. Selbst Dringlichkeitsrecht kann kaum vor 1991 in Kraft treten. In der Zwischenzeit sollten zusätzliche Uebergangsmassnahmen ins Auge gefasst werden.

Regierungsrat Hofmann: Im Gegensatz zu früher sind heute fast alle Kantone der Auffassung, dass im Asylwesen etwas geschehen muss. Je mehr Asylbewerber hereingelassen und ins ordentliche Verfahren übernommen werden, desto mehr sind angesichts der geringen Anerkennungsquote wieder wegzuweisen resp. auszuschaffen. Die "Safe-Countries"-Lösung ist unbedingt zu prüfen und einzuführen.

Uebergibt dem Bundespräsidenten ein Papier, das in die Ueberlegungen zu einem dringlichen Bundesbeschluss einfliessen soll.

Regierungspräsident Koller: Wir haben eine schwierige Lage zu bewältigen. Dies betrifft aber alle drei Ebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Den Ländern um uns herum geht es nicht anders. Die reiche Schweiz kann aber als einziges Land nicht Massnahmen ergreifen, die mit der Flüchtlingskonvention und den Menschenrechten unvereinbar sind.

DFW

E 2. MRZ. 1990

750.0.0



Die Handlungsmöglichkeiten sind daher beschränkt. Es gibt auch positive Elemente: Aufstockung der Personalbestände Sept. 89; Erhöhung der Erledigungskapazität; im Beschwerdedienst bei gleichem Personal 40% mehr Fälle erledigt. Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung werden nächsten Mittwoch in die Vernehmlassung gegeben. Vernehmlassungszeit: 1 Monat.

Beratung in den Räten in der Juni-Session. Inkraftsetzen möglicherweise schon Mitte Juni 1990. Dies wird eine dissuasive Wirkung haben.

Die Ausschaffungen müssten von den Kantonen konsequent an die Hand genommen werden.

Heute besteht wieder eine gewisse Tendenz, dass die Asylbewerber angesichts des Arbeitskräftemangels bei Teilen der Wirtschaft durchaus willkommen sind.

Ein Verfahren ausschliesslich durch Bundesbeamte ist heute nicht möglich. Hierzu fehlen die Leute. Der Bund wird auf die kantonalen Verfahren in absehbarer Zeit nicht verzichten können.

Vorfinanzierung: Rechtsgrundlage fehlt. Wird sich aber mit Bundesrat Otto Stich nochmals besprechen.

Erstasylabkommen: Mit einer Lösung könnten hier rund 10.000 Mehrfachgesuche eliminiert werden. Sowohl die EG wie auch der Europarat bereiten ein solches vor. Wir würden auch einem Abkommen der EG beitreten. Der dringliche Bundesbeschluss soll durchgezogen werden. Weist nochmals auf die Bedeutung der konsequenten Ausschaffung durch die Kantone hin.

Herr Arbenz weist darauf hin, dass die "Safe-Countries"-Lösung in der neuen Asylverordnung vorgesehen werden könnte. Die Massnahmen des Bundesrates (flexible Verstärkung des Grenzwachtkorps) sowie der Visumzwang in Oesterreich zeigen Früchte. Mitte März soll über ein gemeinsames Tragen der Lasten unter den europäischen Ländern verhandelt werden.

Das Datum der Nationalen Asylkonferenz wird auf Freitag, den 4. Mai 1990, vormittags, festgelegt. Der Bund übernimmt die Organisation.

Im weitem werden verschiedene Anmerkungen gemacht:

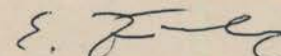
Regierungsrat Meyer stellt fest, dass die Statistik über die Ausschaffungen nach wie vor ungenügend ist.

Generalsekretär Burkhardt betont, dass eine klarere Rechtsgrundlage für den Entscheid, ob auszuschaffen sei oder nicht, geschaffen werden müsse.

Regierungspräsident Koller erwähnt das Novum des Zwangssparens in der Vernehmlassungsvorlage. Die öffentlichen Arbeitsprogramme sollten besser genutzt werden.

Bern, 28.2.1990/Z

Der Protokollführer



Ernst Zürcher

Dok. stelle

Aktennotiz über die Aussprache zwischen Regierungspräsident Arnold Koller sowie einer Delegation von Chefbeamten und einer Delegation des Vorstandes der Konferenz der kant. Fürsorgedirektoren (FDK)

Ort: Bundeshaus West, Zimmer 240

Zeit Montag, 26.2.1990, 17.00h - 17.30h

Teilnehmer: Bundespräsident Arnold Koller, Herren Samuel Burkhardt, Generalsekretär EJPD, Dr. Peter Hess, Direktor Bundesamt für Polizeiwesen, Peter Arbenz, Delegierter für das Flüchtlingswesen, Walter Neuhaus, Sektionschef

DFW

2. MRZ. 1990

750.0.0

08627

Regierungsräte Daniel Schmutz, Präsident FDK, Rossano Bervini, Tessin, Dr. Kurt Meyer, Bern, Alberik Ziegler, Uri, Herr Ernst Zürcher, Sekretär FDK

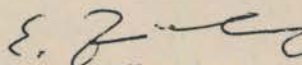
Regierungsrat Schmutz dankt für die Möglichkeit einer direkten Kontaktnahme mit dem Bundespräsidenten und seinen Mitarbeitern. Mit dem Wechsel im Präsidium (Regierungsrat Schmutz anstelle von Regierungsrat Meyer) sowie der Schaffung eines vollamtlichen Sekretariates ab 1. August 1990 ist für die FDK eine Weiche gestellt. Sie möchte auch künftig eng mit dem Bund zusammenarbeiten. Regierungspräsident Arnold Koller ist bereit zur Zusammenarbeit. Die Frage der europäischen Integration und die Stellung der Schweiz braucht schnelle Informationswege, die mit dem klassischen Vernehmlassungsverfahren nicht immer gegeben sind. Die Direktorenkonferenzen eignen sich deshalb sehr gut für diese Kommunikation. Wo es um Konferenzen übergreifende Themen geht, soll das Kontaktgremium reaktiviert werden. Dieses bestand bisher aus den Finanzdirektoren, könnte aber angepasst werden. Die Kantone müssen darüber befinden, ob sie Europa-Delegierte schaffen wollen. An ihnen ist es auch zu bestimmen, ob die Stiftung für Eidg. Zusammenarbeit eine Koordinationsinstanz bilden soll.

Im Heimbereich bestehen gute Aussichten für eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Indem die drei Bundesämter BSV, BfS und BfJ in diesem Bereich mitarbeiten, wird eine gesamtschweizerische Heimpolitik auf der Grundlage der Heimvereinbarung und der Grunddatenerhebung möglich. Im übrigen ist Dr. Peter Hess Mitglied des Vorstandes FDK und Kontaktperson für die einzelnen Fragen.

Regierungsrat Daniel Schmutz dankt für das Gespräch.

Bern, 29.2.1990/Z

Für die Aktennotiz


Ernst Zürcher

	z.k.	vis.	fx
Gelegter	A	X	X
Stv. Direktor	Ma	X	X
wiss. Berater	Z	X	X
Abt. AF	Det	X	X
Sektion E+E	Map	X	X
Sektion Försorge	Bs	X	X
Sektion A+A	Of	X	X
	Zw	X	X
Abt. AV	S	X	X
Sektion I	Trb	X	X
Sektion II	Sl	X	X
Sektion III	Zuc	X	X
	Civ	X	X
RD und PD	R	X	X
	Ble	X	X
Stab	Km	X	X
	Sh	X	X
	Bts	X	X
	Spe	X	X
	Sro	X	X
	Vg	X	X
	Vlt	X	X
	Mry	X	X
.....	...	X	X



Dok. stelle

Ihre Ref./Votre ref.

Unsere Ref./Notre ref.
Z/Ca

DFW
E 2. MRZ. 1990

Absender/Expéditeur

29.2.90

Konferenz der kantonalen
Fürsorgedirektoren

Datum/Date

1. März 1990

- | | | |
|---|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis
pour information | <input type="checkbox"/> gemäss Besprechung
suivant l'accord | <input type="checkbox"/> bitte ergänzen
à compléter s.v.p. |
| <input type="checkbox"/> zur Stellungnahme
pour avis | <input type="checkbox"/> mit Dank zurück
en retour | <input type="checkbox"/> bitte zurücksenden
à renvoyer s.v.p. |
| <input type="checkbox"/> zur Erledigung
pour règlement | <input type="checkbox"/> zur Kontrolle
à contrôler | <input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch
selon votre demande |
| <input type="checkbox"/> zur Unterschrift
pour la signature | <input type="checkbox"/> bitte übersetzen
à traduire s.v.p. | <input type="checkbox"/> bitte wenden
tourner s.v.p. |
| <input checked="" type="checkbox"/> zu Ihren Akten
pour vos dossiers | <input type="checkbox"/> bitte anrufen
téléphoner s.v.p. | |

Bemerkungen/Remarques

Aktennotizen vom 26.02.1990

Delegierter f. d. Flüchtlingswesen
Herrn lic. rer. publ. Peter Arbenz
Taubenstrasse 16
3003 BERN

Weiterleiten an/Transmettre à

Mit freundlichen Grüßen/Avec nos compliments

i. A. Ghisla-Sperner